Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21 „Tagblatthaus". Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich 13 Ausgaben.

Fernruf: „Tagblatthaus" Nr. 6650-53. Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: Mk. 1.— monatlich, Mk. 3.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. Mk. 4.05 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Bestellgeld. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für örtliche Anzeigen im „Arbeitsmarkt" und „Kleiner Anzeiger" in einheitlicher Satzform; 20 Pfg. in davon abweichender Satzausführung, sowie für alle übrigen örtlichen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mk. für örtliche Reklamen; 2 Mk. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachlaß.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernspr.: Amt Lützow 6202 u. 6203. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 2. März 1917. **Abend-Ausgabe.** Nr. 112. • 65. Jahrgang.

Unsere Kriegsziele.

○ **Berlin,** 1. März.

Die sorgfältig gewählten Worte, mit denen der Reichskanzler in der Sitzung vom Dienstag unsere Kriegsziele andeutete, müssen genau gelesen werden. Der Reichskanzler forderte einen dauerhaften Frieden, „der uns Entschädigung gewährt für alle erlittene Unbill und der einem starken Deutschland ein gesichertes Dasein und eine gesicherte Zukunft bietet". Das scheint nur eine Umschreibung der Kriegsziele zu sein, die der verantwortliche Staatsmann am 12. Dezember in Umrissen benannte, aber es steckt mehr darin, wir haben es mit einer Erweiterung gegen damals zu tun. Indem der Reichskanzler „Entschädigung für alle erlittene Unbill" verlangt, läßt er es freilich ungewiß, ob damit Landabtretungen oder die Zahlung von Kriegskosten gemeint sind, aber diese Ungewißheit wird überbrückt durch die Sicherheit, daß so oder so Leistungen der Feinde werden beansprucht werden, die uns für die gebrachten ungeheuren Opfer wirklich und sehr real entschädigen. Darüber sind wir uns wohl in allen Lagern einig, daß die Friedensbedingungen vom 12. Dezember heute durch die Ablehnung unseres Friedensangebots und durch die uns auferlegten neuen schweren Kämpfe und Opfer überholt sind. Der Reichskanzler brauchte das nicht zu sagen, indessen war es gut, daß Spahn, Wiemer und Graf Westarp es sagten, und wenn der Abg. Scheidemann einen anderen Ton anschlug, so lassen wir uns nicht von der Überzeugung abdrängen, daß auch er und die überwiegende Mehrheit seiner Partei stärkere Bürgschaft für einen dauerhaften Frieden nur in der gesteigerten Sicherung unserer Macht erblicken werden. Wäre es anders, so käme es ja darauf hinaus, daß die Feinde förmlich eingeladen werden, ihren Überfall auf ein nicht etwa stärkeres, sondern trotz seiner Siege namentlich wirtschaftlich und finanziell schwächeres Deutschland bei nächster Gelegenheit zu wiederholen. Das kann nicht die Meinung besonnener deutscher Männer sein, und sie ist es auch nicht. Herr Scheidemann berief sich auf den Grafen Tisza, dessen Erklärung: der Krieg werde keine Minute länger geführt werden, als zur Rettung von Leben, Sicherheit und Daseinsinteressen notwendig sei, beträchtliche und sehr berechtigte Aufmerksamkeit bei uns erregt hat. Aber wo ist denn gesagt, daß der ungarische Ministerpräsident damit gerade das ausdrücken wollte, was nicht einmal Herr Scheidemann zum Endergebnis haben möchte, obwohl er sich immer so anstellt, als möchte er es? Es kann doch schließlich kein Schaden dabei sein, wenn die feindliche und die neutrale Welt erfährt, der Vierbund verschmähe den Wettbewerb mit den wahnsinnigen Vernichtungsforderungen der Gegner und bleibe in den Grenzen der Mäßigung. Was, wenn es erst einmal zu Verhandlungen kommt, als Grundbedingung unserer Sicherheit und unserer Daseinsinteressen notwendig ist, darüber wird der ungarische Staatsmann nicht anders denken können als unsere Reichsleitung und als unsere überwältigend einheitliche Volksstimmung. Wäre es zu glauben, daß sich die Donaumonarchie mit der bloßen Wahrung ihres Besitzstandes begnügte und nicht in Serbien, Montenegro und Rumänien Sicherungen beanspruchte, ohne welche der äußerliche Besitzstand wieder nur in die furchtbare Gefahr einer Wiederholung der früheren Unterwühlungen geriete? Liegt das Interesse Österreich-Ungarns an der Befestigung seiner Geltung im Süden des Adriatischen Meeres und an der von russischen Umtrieben befreiten Verbindung über das befreite und stärker aufzurichtende Bulgarien zum Ägäischen Meere und zu den Meerengen nicht offen zutage? Läßt es sich vorstellen, daß man in Wien und Budapest nicht verstehen soll, was für uns die Stärkung unserer Westfront gegen England und Frankreich bedeutet, gleichgültig, durch welche Mittel diese Stärkung bewirkt wird? Wie die österreichisch-ungarischen Kriegsziele, die Zertrümmerung der Hindernisse, welche die Donaumonarchie von ihrem natürlichen wirtschaftlichen wie kulturellen Wirkungsgebiete im Südosten trennen, zugleich unsere eigenen Kriegsziele sind, so liegt es umgekehrt auch, so daß unsere Forderungen gegenüber England und Frankreich, erst recht aber unsere Forderungen nach der russischen Seite hin, zugleich österreichisch-ungarische sind und bleiben müssen. Das sagen wir nicht, um an den Worten des Grafen Tisza Kritik zu üben, vielmehr sind wir der Ansicht, daß diese Worte außerhalb jeder spintisierenden Kritik stehen und nur eben richtig verstanden sein wollen. Geschieht das, so haben sie einen ganz anderen als den Sinn, den ihnen ablehnend wie zustimmend, alldeutsche wie sozialdemokratische Beurteiler beigelegt haben. Wenn Graf Tisza erklärte, daß mit den von ihm ausgesprochenen Kriegszielen alle Bundesgenossen übereinstimmen, und wenn Herr v. Bethmann Hollweg inmitten dieser Übereinstimmung von einem Frieden sprach, der uns „Entschädigung für alle erlittene Unbill gewähren soll, so folgt für uns daraus nicht, daß wir die knappste Grenze des Erreichbaren innehalten und den Feinde förmlich eine Prämie auf Fortsetzung des Blutvergießens zusagen, sondern es folgt einzig daraus, daß wir mit unseren Forderungen soweit gehen, wie es unsere Lebensinteressen gebieten, und etwas anderes kann auch der befreundete Staatsmann nicht wollen. Jeder unserer Bundesgenossen weiß doch, daß er Bürgschaften für die zu erkämpfende Sicherung von Leben und Dasein nur gewinnen kann, wenn nicht alles beim alten bleibt, sondern wenn ein stärkeres Deutsches Reich als Schutzmacht vor dem Friedenstempel steht und den Feinden das Gelüste nimmt, das Tor des Friedens wieder aufzubrechen. Es ist kein Zweifel daran, daß die Staatsmänner Österreich-Ungarn wie unsere politische und militärische Leitung Bollwerke aufrichten wollen und müssen, um gegen neue Anstürme von Osten und Südosten her gesichert zu sein. Der große Unterschied zwischen den Verhältnissen in unserem Vierbund und denen im feindlichen Lager beruht ja gerade darin, daß die Interessen der Vierbundsstaaten in einem organisch begründeten geographisch-weltpolitischen Einklange stehen, daß alles, was jeder der Verbündeten für sich erstrebt und erreicht, der Gesamtheit dieses quer durch zwei Weltteile sich erstreckenden Blocks zugute kommen muß, während es schon heute im gekünstelten Bau des Vierverbandes knistert. Wir halten es deshalb für ein bedenkliches Unterfangen, die Worte des Grafen Tisza so zu deuten, als ob in ihnen ein Gegensatz zu unseren eigenen Kriegszielen gefunden werden könnte; wir haben aber auch das Vertrauen darauf, daß diejenigen, die sich mit solchen unangebrachten Unterscheidungen versuchen, den ungarischen Ministerpräsidenten sehr gründlich mißverstehen. Jedenfalls war und ist es gut, daß im Reichstag jetzt wiederum laut und von allen bürgerlichen Parteien erklärt worden ist, wie wir uns den Frieden denken, und daß er nur einer sein kann, der uns eine Machterweiterung verschafft.

Der Tauchbootkrieg.

Ablauf der Schonfrist für Segelschiffe.

W. T.-B. **Berlin,** 1. März. (Amtlich.) In der Nacht vom 28. Februar zum 1. März ist die Schonfrist für Segelschiffe auch im Sperrgebiet des Atlantischen Ozeans abgelaufen. Von diesem Zeitpunkt ab gilt in allen Sperrgebieten nunmehr nur noch die allgemeine Warnung, nach der die Schiffahrt auf keine Einzelwarnung mehr rechnen kann.

Auch der zweite amerikanische Versuchsdampfer in Frankreich gelandet.

W. T.-B. **Bordeaux,** 1. März. (Meldung der Agence Havas.) Der amerikanische Dampfer „Rochester" ist in der Girondemündung eingefahren.

Die Wirkung der Seesperre.

— **Berlin,** 2. März. (zb.) In der „Voss. Ztg." werden die Seesperrewirkungen auf England behandelt: Bei normalem Verbrauch würden die Kartoffellager in London in sechs bis sieben Wochen erschöpft sein. In einer am Sonntagabend von der Arbeiterinnenliga abgehaltenen Frauenversammlung wurde über die vorgeschlagene freiwillige Nahrungsmittel-Einschränkung debattiert. Die Frauen sprachen die Mahnung aus, vernünftig und gerecht zu verteilen, sonst könnten Unruhen unter den Arbeiterinnen entstehen.

W. T.-B. **Rotterdam,** 1. März. Neutrale Schiffe erhalten in England jetzt nur mit schriftlicher Einzelerlaubnis des Handelsministers Schiffsproviant.

Zunahme des Lebensmittelmangels in England.

Br. **Bern,** 2. März. (Eig. Drahtbericht. zb.) In London und in anderen Großstädten macht sich der beginnende Lebensmittelmangel immer fühlbarer. Für die am 24. Februar zu Ende gegangene Woche wurde die Minderzufuhr schon gleich auf dem Londoner Markt mit 1507 Tonnen, d. h. gegen die letzte Januarwoche eine Abnahme von 21,7 Prozent, verzeichnet. Dabei ist die Zufuhr aus dem Vereinigten Königreich nur um etwa 200 Tonnen zurückgegangen, dagegen die aus Australien und Asien von 1476 Tonnen auf 716 Tonnen, die von Nordamerika von 718 auf 574, die von Südamerika von 1708 auf 1406, die von anderen Ländern von 154 auf 71 Tonnen.

4 hohe serbische Offiziere bei der Versenkung der „Minas" umgekommen.

W. T.-B. **Bern,** 2. März. (Drahtbericht.) Lyoner Blätter melden aus Nizza: Bei der Versenkung des „Minas" sind der serbische General Geikoitsch und die Obersten Dragumin, Dulity und Ristitsch umgekommen.

•

Amerika vor der Entscheidung?

dp. **Haag,** 2. März. (zb.) Aus Washington wird berichtet: Man erkennt allgemein, daß der gegenwärtige Zustand nicht länger fortbestehen kann, wenn nicht Deutschland seine Stellungnahme vollständig ändert, was nach der Rede des Reichskanzlers als ausgeschlossen gilt. Wenn aber einmal gewisse amerikanische Handelsschiffe in See stechen, könne sehr viel geschehen.

dp. **Stockholm,** 2. März. (zb.) Nach einer Londoner Meldung des „Aftonbladet" scheint es, daß man in Amerika allgemein Wilsons Rede im Kongreß als letzten Schritt zum Kriege auffaßt. Man meint, daß der Kongreß dem Präsidenten eine formelle Vollmacht erteile und läßt durchblicken, daß, wenn auch der Kongreß aus politischen Gründen sich weigern würde, Wilson freie Hand zu lassen, Wilson doch in jedem Falle handeln werde. Es heißt, daß die Dampfer der amerikanischen Europalinien in der nächsten Woche bewaffnet werden.

Die Ansicht in den offiziellen Kreisen Washingtons.

W. T.-B. **Bern,** 1. März. „Petit Parisien" meldet aus Washington vom 28. Februar: Die Ansicht in maßgebenden offiziellen Kreisen ist, daß die Botschaft des Präsidenten äußerst geschickt sei, weil sie künftig der republikanischen Partei, die sich immer äußerst patriotisch gebärdet habe, eine weitgehende Verantwortung auferlege. Wenn sich in der Tat die Republikaner weigern sollten, dem Präsidenten für sein künftiges Vorgehen das zu gewähren, was sie einen besonderen Kredit nennen, so würden sowohl ihr Ansehen sowie die Interessen der Nation darunter leiden. Die Republikaner befinden sich heute in der Notwendigkeit, die Vorschläge der Botschaft zu unterschreiben, die Vollmachten zu gewähren und die vorgesehenen 100 Millionen Dollar zu bewilligen. In denselben Washingtoner Kreisen gibt man zu, daß Präsident Wilson nicht weniger habe fordern können, als er verlangt habe, weil die Republikaner selbst berechtigt gewesen wären, ihm vorzuwerfen, daß er seinen am 3. Februar bekräftigten Entschluß aufgegeben habe. Präsident Wilson habe nicht mehr verlangen können, weil die Friedensfreunde ihm sicher Schwierigkeiten gemacht hätten. Die allgemeine Ansicht herrsche vor, daß die von Fleed im Repräsentantenhaus eingebrachte Vorlage über die Kredite für die Bewaffnung von Handelsschiffen in beiden Häusern des Kongresses durchgehen werde.

Die Beschlußfassung über den Antrag Flood.

Munitionstransportschiffe sollen nicht bewaffnet werden.

Br. **Genf,** 2. März. (Eig. Drahtbericht. zb.) Über den Antrag Flood, der bekanntlich die Munitionstransportschiffe von der Bewaffnung ausnehmen will, entspann sich in den Kongreßausschüssen eine lange Diskussion, da man die Vollmachten Wilsons einschränken wollte. Die Regierung beschloß aber in einer Kabinettssitzung, sich jeder wesentlichen Änderung zu widersetzen. Die Senatskommission nahm darauf den Antrag in der vorgeschlagenen Fassung an. Zwei demokratische und zwei republikanische Senatoren stimmten gegen den Antrag. Die Blätter melden, Wilson beabsichtige dem Kongreß in einer Botschaft von der Tatsache Mitteilung zu machen, daß Amerikaner mit der „Laconia" untergegangen sind. Der Präsident wird jedoch nicht so bald vor dem Kongreß erscheinen. Absolut fest steht, daß in der Angelegenheit „Laconia" keine neue Untersuchung vorgenommen wird.

Der Bruch zwischen Amerika und Oesterreich unvermeidlich!

dp. **Rotterdam,** 2. März. (zb.) Reuter berichtet aus Washington: Wie verlautet, kam das Ministerium des Äußern zu der Überzeugung, daß der Bruch mit Österreich-Ungarn unvermeidlich sei. Es ist deshalb in Bereitschaft, jeden Augenblick alle Konsularvertreter zurückzuberufen.

dp. **Wien,** 2. März. (zb.) Es scheint, daß Präsident Wilson auch in den Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten klar sehen möchte, und zwar noch bevor die Tagung des Kongresses abläuft. Wenigstens hat er hier dem Wunsch nach einer baldigen Beantwortung seiner Anfrage Ausdruck geben lassen. Im übrigen aber zeugen die aus Washington hier eintreffenden Berichte, daß Wilson nach wie vor einen Bruch mit Österreich-Ungarn gerne vermeiden möchte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Wunsch auch von Österreich-Ungarn geteilt wird. Seine Erfüllung wird jedoch ausschließlich von Herrn Wilson abhängen.

Die österreichisch-ungarische Antwort an Amerika in Sachen der Seesperre noch nicht fertiggestellt.

W. T.-B. **Wien,** 2. März. (Drahtbericht.) Die „Wiener Allgemeine Zeitung" meldet: Entgegen den Meldungen deutscher Blätter, wonach die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf die amerikani-

sche Note, betreffend den U-Bootskrieg, bereits dem hiesigen amerikanischen Botschafter übergeben worden sei, verlautet aus bester Quelle, daß das Ministerium des Äußern nicht vor nächster Woche in der Lage sein dürfte, den Wortlaut der Antwort fertig zu stellen.

Eine Chikagoer Riesenkundgebung gegen den Krieg.

W. T.-B. New York, 19. Febr. (Funkspruch vom Vertreter des W. T.-B. Verspätet eingetroffen.) 12 000 Bürger aus Chikago versammelten sich im Kolosseum und nahmen durch Zuruf eine Entschließung an, die sich gegen den Eintritt in den Krieg wendet. Wilson wurde formell gebeten, Amerikaner vor der Benutzung von Schiffen, die nach der Kriegszone bestimmt sind, zu warnen und nicht Krieg zu erklären, ohne die Frage vorher an den Kongreß verwiesen zu haben. Dieses und andere Ereignisse mit Einschluß der letzten Friedensreden im Kongreß zeigen zwar bestimmt wichtige Strömungen der öffentlichen Meinung an, dürfen aber nicht als entscheidend angesehen werden. Inzwischen hält die Mehrheit des Publikums, besonders außerhalb des Ostens, die Augen offen und wird nicht unbesonnen vorgehen. Die öffentliche Meinung würde aber zweifellos die Regierung im Falle eines Krieges auch ohne Referendum an den Kongreß unterstützen.

Lansing und Wilson beraten über den „Laconia"-Fall.

dp. Genf, 2. März. (zb.) Die „Laconia"-Angelegenheit bildete nach einer Washingtoner funkentelegraphischen Meldung den Gegenstand einer längeren Unterredung zwischen Wilson und Lansing. Beim Verlassen des Weißen Hauses gab letzterer den Pressevertretern eine Erklärung, die den Eindruck machte, als habe man sich bereits über die endgültige Entscheidung geeinigt.

Freiwillige Dienste für den amerikanischen Küstenschutz.

dp. Genf, 2. März. (zb.) Nach einer Washingtoner Meldung stellt der New Yorker Jachtklub freiwillige Küsterwächter und 750 Motorboote. — Hundert amerikanische transatlantische Dampfer sollen je vier Geschütze von 127 Millimeter Bordbewaffnung erhalten.

Die falschen Zahlen des Herrn Carson.

W. T.-B. Berlin, 1. März. Zeitungsnachrichten zufolge hat der englische Marineminister Sir Edward Carson im englischen Unterhaus, um seine Hörer über die Bedeutung des uneingeschränkten Tauchbootkriegs zu beruhigen, einige Ziffern genannt, aus denen die Geringfügung der bisherigen Leistungen der deutschen Tauchboote hervorgehen soll. Er hat einer Zahl von 134 britischen, verbündeten und neutralen Schiffen, die in der Zeit vom 1. bis 18. Februar versenkt worden seien, gegenübergestellt, daß während desselben Zeitraums 6075 Schiffe in britischen Häfen eingelaufen und 5875 Schiffe aus diesen Häfen ausgelaufen seien.

Diese Darstellung leidet zunächst an dem Grundfehler, daß die Zahl von 134 versenkten Schiffen falsch ist und vielmehr erheblich hinter der Wahrheit zurückbleibt. Es liegen Gründe vor, die dem Admiralstab bekannten Ziffern nicht zu nennen, wir müssen uns vielmehr mit der Feststellung begnügen, daß, wie gesagt, die Zahl von 134 längst nicht den Tatsachen gleichkommt.

Welche Glaubwürdigkeit unter diesen Umständen den Angaben des Ministers über den Ein- und Auslauf von Schiffen in britischen Häfen beikommt, bleibe zunächst dahingestellt. Die Nebeneinanderstellung der eingelaufenen und ausgelaufenen Schiffe könnte übrigens zu der Annahme verführen, daß man die beiden Gruppen von 6075 eingelaufenen und 5875 ausgelaufenen Schiffen zusammenzuzählen habe, um den Frachtraum zu ermitteln, der den englischen Seeverkehr vom 1. bis 18. Februar dargestellt hat. Das wäre indessen falsch, denn die meisten in einem Monat eingelaufenen Schiffe laufen angesichts der durch die jetzige Schiffsraumnot veranlaßten Beschleunigung des Verkehrs in demselben Monat wieder aus. Entsprechend sind die in einem Monat ausgelaufenen Schiffe zum weit überwiegenden Teil solche, die in demselben Monat eingelaufen waren. Man wird schätzungsweise auf Grund jener Ziffern, ihre Richtigkeit zunächst einmal vorausgesetzt, annehmen dürfen, daß rund 6500 Schiffe den englischen Seeverkehr vom 1. bis 18. Februar bestritten haben. Davon würden dann freilich die 134 versenkten Schiffe nur 2 Prozent darstellen. Wie irreführend diese Gegenüberstellung ist, zeigt eine kurze Überlegung, die statt der Zahl der Schiffe ihren Tonnengehalt ins Auge faßt. Man nehme einmal, um durch ein krasses Beispiel die Sachlage zu beleuchten, an, daß von 100 Schiffen 10, d. h. 10 Prozent, versenkt sind, daß aber die versenkten 10 Schiffe im Durchschnitt 3000 Tonnen und die übrig gebliebenen 90 Schiffe im Durchschnitt nur 500 Tonnen Räumte haben. Dann wären von 75 000 Tonnen Räumte 30 000 Tonnen = 40 Prozent versenkt.

Die Tonnage des englischen Seeverkehrs im Februar kennen wir nicht. Wir können aber die Angaben der amtlichen englischen Statistik über die Tonnage des Januar-Verkehrs der britischen Häfen zu Hilfe nehmen. Darnach sind in britischen Häfen im Januar 8 331 000 Tonnen eingelaufen und 8 690 000 Tonnen ausgelaufen. Der Seeverkehr des Januar wird also von schätzungsweise 4 Millionen Tonnen bestritten worden sein. Berücksichtigt muß werden, daß, wie wir wissen, im Februar der neutrale Schiffsverkehr, der sonst fast ein Drittel des englischen Seeverkehrs ausmachte, ganz außerordentlich eingeschränkt worden ist. Mit Rücksicht hierauf wird man die oben ermittelte Zahl von 4 Millionen Tonnen um mindestens ein Fünftel auf 3 200 000 Tonnen reduzieren müssen. Rechnet man diesen Frachtraum nach Verhältnis der Zeit auf die Tage vom 1. bis 18. Februar um, so ergibt das eine Tonnage von rund 2 Millionen Tonnen. Legt man die eingangs erwähnten Angaben des englischen Marineministers zugrunde und rechnet man darnach mit einem Verkehr von 6500 Schiffen, so käme man zu einer Durchschnitts-Tonnage für jedes Schiff von rund 300 Tonnen, ein offenbar unmögliches Ergebnis, da die Durchschnitts-Tonnage im Seeverkehr eine weitaus höhere ist. Sollte Sir Edward Carson die Küstenschiffahrt mitgerechnet haben, so stellt sich die Rechnung nicht wesentlich anders. Darnach würde sich die Tonnage von 2 Millionen um höchstens 500 000 Tonnen erhöhen. Außerdem ist im Zusammenhang des U-Bootkriegs die Küstenschiffahrt naturgemäß belanglos.

Man sieht also, daß die Zahlen des englischen Ministers nach jeder Richtung zweifelhaft und ungeeignet sind, irgend welche Schlüsse hinsichtlich der Wirksamkeit des Tauchbootkriegs zu tragen. Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, an dem der Admiralstab die Leistungen des Tauchbootkriegs im Monat Februar zu veröffentlichen sich in der Lage sehen wird, dann wird, so viel läßt sich heute schon mit Sicherheit angeben, ein Verhältnis zur Tonnage des englischen Seeverkehrs sich herausstellen, das die aus den Reden der englischen Staatsmänner und den Ausführungen der englischen Presse trotz mancher Beruhigungsversuche hervorleuchtende schwere Besorgnis voll rechtfertigen wird.

Gründung eine U-Bootsspende.

W. T.-B. Berlin, 1. März. Einer Einladung des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf folgend, versammelten sich heute abend zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten aus Berlin und aus dem Reiche, darunter viele Mitglieder des Reichstags, im Saale des Haushaltsausschusses des Reichstags zur Gründung einer U-Boots-Spende. Dr. Kaempf leitete die Verhandlungen mit einem kurzen Hinweis auf den herrlichen Opfermut und die glänzenden Erfolge der Bemannung unserer U-Boote ein und empfahl die Gründung einer U-Boots-Spende, um diesen Helden den Dank des deutschen Volkes abzustatten. Sodann wurde der Entwurf einer Satzung verlesen, die von der Versammlung genehmigt wurde. Durch Zuruf der Versammlung wurde das Ehrenpräsidium dem Reichskanzler und Hindenburg übertragen. In das Präsidium wurden Dr. Kaempf als Vorsitzender, ferner Generalfeldmarschall Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann und Admiral Graf Baudissin berufen. Den geschäftsführenden Ausschuß bilden zunächst Dr. Kaempf, als Vorsitzender, Dr. Paul v. Schoenbach, Inhaber des Hauses Bleichröder, als Schatzmeister, und Geh. Regierungsrat Junghenn. Ferner wurde beschlossen, an die Öffentlichkeit einen Aufruf zu richten, mit dem gleichzeitig diejenigen Stellen bekanntgegeben werden sollen, die Beiträge zur U-Boots-Spende entgegennehmen.

Die Lage im Westen.

Der deutsche Abendbericht vom 1. März.

W. T.-B. Berlin, 1. März, abends. (Drahtbericht. Amtlich.) Südlich von Souchez ist ein starker englischer Angriff gescheitert; sonst ist von der Westfront und aus dem Osten nichts Wesentliches gemeldet.

Die Lage am Ancrebach.

Verlängerung der englischen Front.

(Von unserer Berliner Abteilung.)

L. Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht. zb.) Ein Rückblick auf die wichtigeren Kriegsvorgänge seit Beginn dieser Woche lenkt die Aufmerksamkeit naturgemäß auf die Zurückverlegung unserer Stellung am Ancrebach. Schon aus dem englischen Bericht, der sang- und klanglos die Besetzung einiger Dörfer dort meldet, läßt sich klar ersehen, daß die Räumung vollkommen freiwillig erfolgte, aus taktischen Gründen ohne Verluste für uns und ohne daß der Feind sich dieses Geländegewinnes rühmen könnte. Weiter ist von Bedeutung der am 26. Februar gemeldete englische Erkundungsvorstoß zwischen Armentières und dem Flüßchen Avre, das bei Roye liegt. Dieser Vorstoß bestätigt, daß die Engländer jetzt wiederum 25 Kilometer Front weiter südlich von ihrem früheren Frontende besetzt haben und daß die entsprechenden französischen Kräfte für andere Stellen verfügbar wurden. Schon im Dezember wurde mit dieser Verschiebung begonnen, als neue englische Divisionen über den Kanal herangeführt wurden.

Der englische Heeresbericht vom 28. Februar.

Am Morgen griffen wir einen eroberten Teil des feindlichen Grabens nordöstlich von Sailly-Saillisel an; wir machten 85 Gefangene, darunter 2 Offiziere, und erbeuteten ein Maschinengewehr. Unser Vorrücken nördlich und südlich der Ancre dauert an. Während der Nacht besetzten wir Sommecourt. Heute nahmen wir die Dörfer Thilloy und Phieleu-au-Mont und die anschließenden Grabensysteme und schoben unsere Linie tausend Yards nordöstlich Sommecourt vor. Bei erfolgreichem Streifzug während der letzten Nacht in der Nachbarschaft von Cleey machten wir 22 Gefangene. Wir drangen auch in die feindliche Stellung nordöstlich von Arras ein. Südwestlich und westlich von Lens bombardierten wir mehrere besetzte Unterstände. Ein feindlicher Vorstoß nordöstlich von Armentières wurde zurückgeschlagen. Unsere Flugzeuge leisteten gestern sehr wertvolle Aufklärungsarbeit und hatten eine Anzahl Luftkämpfe zu bestehen. Drei unserer Flugzeuge wurden zum Niedergehen gebracht.

Die Teilnahme englischer Marineflieger an dem Angriff auf das Saarbrücker Industriegebiet.

W. T.-B. London, 1. März. (Drahtbericht.) Die Admiralität berichtet, daß Marineflugzeuge am 25. Februar an dem Angriff auf die Eisenwerke von Brebach, südöstlich von Saarbrücken, teilnehmen. Es kam zu einem Luftgefecht. Eine Maschine wurde zerstört.

Die Zivilmobilisierung in Frankreich.

dp. Bern, 2. März. (zb.) Der Arbeitsausschuß der französischen Kammer erörterte laut Lyoner Blättern einen Gesetzesantrag über die Zivilmobilisierung, und beauftragte den Abgeordneten Groussier, den Erörterungen des Antrages im Senat als Delegierter der Kammer beizuwohnen. Der Arbeitsausschuß wird auf jeden Fall eine Aufstellung der Berufe in Frankreich fordern und anregen, die freiwilligen Stellen zu vermehren, ehe die Zivilmobilisierung durchgeführt würde.

Verschärfung des Kohlenmangels in Frankreich.

W. T.-B. Bern, 1. März. Wie die Pariser Blätter melden, verschärfte sich in den letzten Tagen der Kohlenmangel wieder und es konnten keine Kohlen verteilt werden. Ferner mußte in Vernon die Straßenbeleuchtung eingestellt werden, ebenso der Betrieb der Gasfabrik in Conflens.

Die Reichskonferenz in London.

W. T.-B. London, 2. März. (Drahtbericht.) Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge meldet die „Times" aus Sidney, daß die Minister Hughes, Forest und Irving demnächst abreisen, um sich zur Reichskonferenz nach London zu begeben.

Der englische Burenmord.

Eine holländische Richtigstellung.

dp. Rotterdam, 2. März. (zb.) „Nieuwe Rotterdamsche Courant" stellt die Ziffern richtig, die der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seiner letzten Rede über das große Sterben in den afrikanischen Konzentrationslagern im Burenkrieg gegeben hat. Nicht 15- bis 16 000 Frauen und Kinder wären in jenen Lagern gestorben, sondern wie aus der amtlichen Statistik Bothas hervorgeht, 26 170 Frauen und Kinder, außerdem noch 1421 alte Männer, also über ein Viertel der Lagerbewohner kam um.

Die verzweifelte Lage der englischen Landwirtschaft.

W. T.-B. Rotterdam, 1. März. Im Oberhause wurde die Landarbeiterfrage erörtert. Lord Selbourne sagte, die Landwirte seien durch den Mangel an Arbeitskräften zur Verzweiflung gebracht. Lord Derby teilte mit, daß er jetzt invalide Landwirte in der Armee ausfindig zu machen suche, um sie zu beurlauben.

Der Krieg gegen Rußland.

Empfang des Dumapräsidenten durch den Zaren.

W. T.-B. Petersburg, 1. März. Der Zar hat den Dumapräsidenten Bodzianke anläßlich der Eröffnung der Duma zur Berichterstattung empfangen.

Die Unzufriedenheit der Ententevertreter mit der russischen Regierung.

dp. Christiania, 2. März. (zb.) Der Petersburger Korrespondent des „Aftenposten" berichtet: Die Ententedelegierten bei der Petersburger Konferenz erklärten, wie „Rußkoje Slowo" meldet, der russischen Regierung glatt heraus, daß ihr Verhalten gegenüber der Duma und die wankelmütige Politik Rußlands bei den Alliierten einen schlechten Eindruck gemacht habe, der den russischen Kredit schädige. Man könne unter den jetzigen Verhältnissen kein Vertrauen zu einer mit Rußland getroffenen Vereinbarung haben.

In der Gruppensitzung der linken Parteien wurde bekannt, daß sich ausländische Delegierte gegenüber dem Ministerpräsidenten Galizyn dahin ausgesprochen haben, die britische, französische und italienische Regierung sympathisierten mit der Forderung der Duma nach einer mehr demokratischen Verwaltung.

Zur Einstellung des russischen Personenverkehrs.

W. T.-B. Bern, 1. März. Der „Bund" läßt sich von seinem russischen Mitarbeiter melden, daß die sogenannte Güterwoche des Winters 1915/16 sich auf der russischen Eisenbahn wiederhole, da der Personenverkehr auf allen russischen Eisenbahnlinien vom 14. bis zum 27. Februar fast ganz eingestellt worden sei. Die Dumaabgeordneten sehen in den Einschränkungen des Reiseverkehrs eine rein polizeiliche Maßnahme. Nach der Moskauer „Utro Rossij" sollen dagegen diese Einschränkungen hauptsächlich zur Erleichterung der Beförderung von Heizmaterial für die Petersburger und Moskauer Munitionsfabriken getroffen sein, weil mehrere von ihnen wegen Mangel an Heizmaterial ihre Tätigkeit in der letzten Zeit hätten einstellen müssen, und zur Erleichterung der Anfuhr der in den südöstlichen Gouvernements angehäuften Lebensmittelvorräte nach Mittel- und Nordrußland. Infolge Einstellung des Personenverkehrs sollen wieder große Fahrkartenschwindeleien vorgekommen sein. — Dem Petersburger „Djen" zufolge hat die diesmalige Kiewer Messe wegen der Desorganisation im Verkehrswesen schlechte Geschäfte gemacht. — Nach der „Rußkija Wjedomosti" ist wegen Kohlenmangels auch der Straßenbahnverkehr in vielen Städten Rußlands eingestellt.

Der Krieg gegen Italien.

Der neue Friedensantrag der italienischen Sozialisten.

dp. Lugano, 2. März. (zb.) In der italienischen Kammer wurde der von den offiziellen Sozialisten eingebrachte Friedensantrag, der angesichts der inneren Zustände Italiens die Einleitung von Friedensverhandlungen als nötig bezeichnet, mit 237 gegen 21 Stimmen auf sechs Monate vertagt.

Eine Hungerpanik in Genua.

Br. Karlsruhe, 1. März. (Eig. Drahtbericht. zb.) Aus Chiasso wird dem „Zürcher Tagesanz." gemeldet: In Genua sei eine große Hungerpanik ausgebrochen. Die Bevölkerung suchte, alle Lebensmittel einzukaufen, weil sie befürchtet, daß die Regierung unfähig sein wird, später das Land noch versorgen zu können. Auf Grund dieser Panik erlebt man in Genua täglich die heftigsten Szenen. Die Leute schlagen sich in den Straßen vor den Geschäften, um Lebensmittel zu erhalten.

Der Krieg über See.

Ein „Baralong"-Fall in Kamerun.

— Berlin, 2. März. (zb.) Über einen „Baralong"-Fall in Kamerun berichtet die „Nordd. Allg. Ztg." auf Grund der Aussagen eines Oberleutnants zur See, der nach mehr als zweijähriger Gefangenschaft in England in der Schweiz in-

terniert wurde. Die deutsche Regierung hat den Sachverhalt den neutralen Regierungen mitgeteilt, die, wie das Blatt schreibt, von nun an fortlaufend über gegnerische Grausamkeiten unterrichtet werden.

Die deutschen Schiffe in China.

Br. Stockholm, 28. Febr. (zb.) Nach einer Tokioter Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur sind die deutschen Schiffe, die in chinesischen Häfen liegen, durch chinesische Mannschaften besetzt worden.

Die Neutralen.

Eine holländische Hetzlüge.

Berlin. 28. Febr. Unter der Überschrift „Deutsche Kriegslist" bringt das holländische, im englischen Solde stehende Blatt „De Telegraaf" am 6. Januar eine Tendenzlüge übelster Art. Ein holländisches Schiff — Name und Datum fehlen — soll in der Biscaya durch das F. T. Signal S. O. S. (bin in höchster Seenot) von einem deutschen U-Boot angerufen und angelockt worden sein. Das U-Boot wäre dann sehr enttäuscht gewesen, als ein holländisches und nicht, wie erhofft, ein englisches Schiff erschienen sei, und der U-Boots-Kommandant habe in drastischen Worten seinen Gefühlen Luft gemacht.

Daß die Baralong-Mörder so oder ähnlich handeln würden, glauben wir. Deutsche Ehre kann durch derartiges Geschreibsel nicht beschmutzt werden. Das Machwerk des „De Telegraaf" richtet sich selbst und verdient niedriger gehängt zu werden.

Der Prozeß gegen den „Telegraaf" wegen Beleidigung der Zentralmächte.

4 Monate Gefängnis gegen den berüchtigten Schröder beantragt.

W. T.-B. **Haag.** 1. März. Der Haager Schiedsgerichtshof verhandelte über den von dem Hohen Rat an dieses Gericht verwiesene, bereits in mehreren Instanzen verhandelten Prozeß gegen den Chefredakteur Schröder wegen eines im „Telegraaf" erschienenen Artikels, in dem Schröder die Zentralmächte „Schurken von Europa" nannte. Der Generalanwalt beantragte gegen den Beklagten eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten. Das Urteil wird später bekanntgegeben werden.

Einführung eines Tabakmonopols in der Schweiz.

Berlin, 28. Febr. (zb.) Das „B. T." meldet aus Zürich: Der schweizerische Bundesrat hat die Einführung eines Tabakmonopols beschlossen. Das im Prinzip angenommene Gesetz soll in den nächsten Tagen in seinen Einzelheiten bekanntgegeben werden. Der Urheber des Projekts ist der frühere Bundespräsident und jetzige Leiter des schweizerischen Finanzwesens, Bundesrat Motte.

Protest gegen die spanische Parlamentsschließung.

W. T.-B. **Bern,** 2. März. (Drahtbericht.) Die „Humanité" meldet aus Madrid: Das Dekret, betreffend die Schließung der Cordes, veranlaßte die nationalliberalen Republikaner zu einem heftigen Protest. Ministerpräsident Romanones erklärte daraufhin, er berufe das Parlament wieder ein, sobald die Umstände ihn dazu zwängen.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 1. März.

Am Ministertisch: Kultusminister von Trott zu Solz

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Die Beratung zum

Kultusetat

wird fortgesetzt mit der Besprechung über Universitäten, Kunst und Wissenschaft und technisches Unterrichtswesen

Abg. **Hänisch** (Soz.): Unsere Universitäten sind in erster Linie für die deutschen Studenten da. Eine Bevorzugung von Ausländern darf jedenfalls nicht stattfinden. Was die internationalen wissenschaftlichen Beziehungen betrifft, so haben sich jene englischen und französischen Gelehrten unsterblich blamiert, die jede Verbindung mit Deutschland abgelehnt haben. Wir haben jedenfalls nicht die Absicht, uns wissenschaftlich einzukasteln und jede Beziehung zu der Wissenschaft des Auslandes abzulehnen. Auch die Kunst würde Schaden leiden, wenn sie auf die internationale Befruchtung verzichten wollte. Das Programm, das der Minister über die ausländischen Studien aufgestellt hat, findet unsere Billigung. Die Kenntnis des Auslandes wirkt dahin, daß die Völker sich gegenseitig besser kennen lernen. Das Salvarsan stellt sich immer mehr als ein zweifelhaftes, ja, als ein gefährliches Mittel dar. Wünschenswert wäre eine Statistik über seine Wirkung. Wir haben in Preußen keinen einzigen sozialdemokratischen Universitätsprofessor. Gegen den einzigen Privatdozenten Arons wurde die Lex Arons gemacht, um ihn abzusetzen. Wo bleibt da der Grundsatz: Gleiches Recht für alle? Erst jetzt hat der Minister das Unrecht wieder gut gemacht, indem Arons wieder gestattet wurde, als Privatdozent zu wirken. Auch sonst wird eine bestimmte Richtung bei der Besetzung der Lehrstühle bevorzugt. Zum Beispiel werden die Lehrstühle für Dermatologie vorzugsweise mit Schülern des Professors Neißer besetzt. Aus ärztlichen Kreisen bin ich gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß durch das angebliche Heilmittel Salvarsan schon Hunderte von Todesfällen vorgekommen sind. Das ist tatsächlich festgestellt worden. Der Redner weist auf Mitteilungen in der medizinischen Fachpresse hin. Ein Universitätsrektor hat, wie in der „Post" zu lesen war, sich dahin geäußert: Salvarsan ist keine Medizin, sondern ein Geschäft. In manchen Fällen sind Entschädigungsansprüche wegen Schädigung durch das Salvarsan erhoben worden. Es ist nachgewiesen, daß der Herstellungspreis des Salvarsans für das Kilogramm 8 M. beträgt, während es für 16 000 M verkauft wird. Es handelt sich hier um eine Frage des öffentlichen Interesses im besten Sinne des Wortes. Männer aller Parteien haben auf die unsaubere Seite hingewiesen. Ich bringe die Sache in keiner Weise als Parteimann zur Sprache. Es ist eine Sache, die hoch über allen Parteirücksichten steht. Ich bin auch nicht von Partei wegen beauftragt worden, die Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Im allgemeinen Interesse muß dieser **Benutzung der Wissenschaft für Geschäftszwecke ein Ende gemacht** werden. Die Salvarsan-Angelegenheit ist unrein. (Beifall.)

Abg. **Canzow** (Vpt.): Der Abgeordnete Hänisch hat einmal gesagt, daß er ein deutscher Sozialdemokrat und ein sozialdemokratischer Deutscher sei. Ich höre ihn seitdem gern. Wenn er soeben nicht als Parteimann gesprochen hat, so hat er auch nicht als Sachverständiger gesprochen. Professor Ehrlich hat nichts von den Höchster Farbwerken bezogen. Es sind nur dem wissenschaftlichen Institut in Frankfurt Mittel zugute gekommen. Es ist tatsächlich noch kein einziger Todesfall durch Salvarsan festgestellt worden. Ich bedauere deshalb, daß Herr Hänisch hier von der Tribüne des Hauses Beunruhigung hervorgerufen hat. Das erste Patent, das uns die Engländer gestohlen haben, war das Salvarsan-Patent. Daß der Preis für das Heilmittel so hoch ist, zeugt nur für die Güte des Heilmittels. In dem Prozeß gegen Professor Ehrlich ist festgestellt worden, daß sich die Sachverständigen für das Salvarsan ausgesprochen haben.

Wenn die Engländer sich immer mit ihren silbernen Kugeln brüsten, so haben wir demgegenüber ein Gegengewicht in der sittlichen Idee, die von unseren Hochschulen gepflegt wird.

Für die Denkschrift über die Auslandsstudien sind wir dem Minister dankbar. Hinsichtlich der praktischen Ausführung wünschen wir besonders, daß unser Nachrichtensystem in anderer Weise ausgebaut wird, so daß eine gute Wirkung auf die Neutralen erzielt wird. Vor allem sollten die Deutschen, wenn sie ins Ausland gehen, nicht verlernen, sich als Deutsche zu fühlen. Die Ankäufe von Kunstwerken für die Museen sollten direkt bei den Künstlern bewirkt werden. Mit dem Vorschlag des Abgeordneten Kauffmann über Kriegerehrung bin ich einverstanden.

Kultusminister **von Trott zu Solz:** Ich freue mich, daß meine Denkschrift über den Fortgang der ausländischen Studien so allgemeine Zustimmung gefunden hat. Die Anregungen aus dem Hause auf diesem Gebiete werden beachtet werden. Ich bin auch mit den Bundesstaaten in dieser Richtung in Verbindung getreten. Ich bin überzeugt, daß die Universitäten sich bereitwillig in den Dienst der Sache stellen werden. Den Studenten, die aus dem Kriege in die Heimat zurückkehren, sollen die Wege zum weiteren Studium geebnet werden. Eine Reform des Unterrichts an den Universitäten nach dem Muster von Tübingen wird in die Wege geleitet werden. Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die Professoren der Nationalökonomie von irgendwelchen wirtschaftlichen Kreisen abhängig seien. Bei der Beurteilung der Universitätslehrer sind nicht politische Gesichtspunkte maßgebend, sondern lediglich ihre wissenschaftliche Befähigung. Das Salvarsan wird von ersten Ärzten dauernd angewendet und als segensreich wirkendes Mittel für die leidende Menschheit gepriesen. Die Angriffe, die vor einigen Jahren dagegen erhoben worden sind, haben sich als unzutreffend erwiesen. Natürlich kann ein solches Mittel einmal falsch angewendet werden. Bei Neu-Salvarsan ist eine Gesundheitsschädigung nicht festgestellt worden. Todesfälle sind in keinem Falle nachgewiesen worden. Ich hoffe, daß das Reformationsfest in einer Weise gefeiert werden wird, daß der konfessionelle Friede in keiner Weise gefährdet wird. Der Ankauf von Kunstwerken für den Staat direkt von den Künstlern hat vielfach stattgefunden. Auch während des Krieges ist eine Reihe von Kunstwerken angekauft worden. Wir sind bestrebt, den Künstlern über die schwere Zeit des Krieges hinwegzuhelfen.

Die Debatte wird geschlossen.

Auf eine persönliche Bemerkung des Abg **Campe** erwidert Minister **von Trott zu Solz,** daß für Professor Pfleiderer noch kein Ersatz gefunden worden sei.

Es folgt die Besprechung des Titels

„Höhere Lehranstalten"

Abg. **Kessel** (kons.): Unsere Lehranstalten haben sich im Kriege bewährt. Sie bedürfen keiner grundstürzenden Reform. Von den Lehrern, die ins Feld gezogen sind, haben Tausende den Heldentod gefunden, ebenso viele Tausende von Primanern. Daß die Leistungen der Schule im Kriege etwas zurückgegangen sind, ist bedeutungslos. Das Abiturientenexamen soll im Kriege nicht erlassen, aber gemildert werden. Jedes Mißtrauen gegen die Jugendwehr müssen wir fallen lassen. Wir müssen die Bewegung unterstützen; sie fördert die Disziplin und stärkt die Kräfte.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freikons.): Die höheren Schulen sollten dadurch entlastet werden, daß für diejenigen, die nicht zum akademischen Studium übergehen, besondere Abteilungen errichtet werden. Die Schule soll nicht nur den Geist, sondern auch den Charakter bilden und den Schüler zum Patriotismus erziehen.

Abg. **Hinzmann** (Zentr.): **Eine Kürzung** des Religionsunterrichts darf in den neuen Lehrplänen nicht in Frage kommen. Eine gewisse Berufstreue hat unser Volk groß gemacht. Hierauf beruht seine Zukunft.

In den Schulen soll neben der sittlichen Arbeit auch die körperliche Ertüchtigung besorgt werden.

Vor allem aber auch müssen wir die christliche und nationale Gesinnung in den Vordergrund rücken. Wir wollen ferner deutsche Kunst und die Tugenden der Wahrhaftigkeit, der Zuverlässigkeit, der Treue, des Heldenmutes und der Einfachheit erwecken und pflegen. Erwünscht wäre es, wenn in den Grenzbezirken der fakultative Unterricht in der polnischen und dänischen Sprache eingeführt würde.

Abg. Dr. **Blankenburg** (natl.): Wir wünschen, daß das Griechische den Gymnasien nicht entzogen wird. Auch wir halten es für zweckmäßig, wenn in den Grenzbezirken die Sprachen der Nachbarstaaten fakultativ gelehrt werden. Eine Verkürzung der Spielpausen möchte ich nicht befürworten, die Pausen müssen nach den Bedürfnissen der Zeit gelegt werden. Wir begrüßen es, daß eine stattliche Anzahl von jungen Türken bei uns studiert. Wir wollen sie nicht zu Berlinern machen, sondern sie als reine Anhänger des Islams zurückgeben. Die Geisteswissenschaften werden so lange nicht hinter den technischen Wissenschaften zurückstehen, wie wir ein Volk der Dichter und Denker bleiben. (Beifall.)

Abg. **Hänisch** (Soz.): Der Schulunterricht muß besonders auch in der Volksschule zu einem Unterricht in der Kulturgeschichte ausgebildet werden. In den höheren Schulen muß auch die geschichtliche Entwicklung der modernen Verfassung vorgetragen werden. Die humanistischen Gymnasien sind nur noch bedingt wertvoll. Auf jeden Fall müssen die verschiedenen Schulformen gleichwertig sein.

Die weitere Beratung wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 4½ Uhr.

Die Ernährungsfragen im Reichstagsausschuß.

Der Ausschuß des Reichstags für Ernährungsfragen trat am Mittwoch in die Einzelberatung des Wirtschaftsplanes ein.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion verlangte nachdrückliche

Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung in den besetzten Gebieten,

insbesondere für Futtermittel, Ölfrüchte, Sonnenblumen und dergl. In den Offizier-Speiseanstalten könnten Kartoffeln zu Saatzwecken eingespart werden. In den Etappen werde nicht so sparsam gewirtschaftet wie es den heutigen Verhältnissen entspräche. Die Anordnungen der Obersten Heeresleitung müßten den Truppen bis zu den Kompagnien herab zur Beachtung eingeschärft werden. Die Jagdbeute der Offiziere solle bei der Rationierung angerechnet werden, ebenso die Erträgnisse aus der Hühner- und Schweinezucht. Nötig sei, die Wirtschaftsausschüsse mit den geeigneten Leuten, darunter auch praktischen Landwirten, zu besetzen.

General von Oven

äußerte sich über die Bewirtschaftung der besetzten Gebiete, die seit dem Oktober 1914 eingesetzt habe. Sie hänge vielfach von der Gefechtslage, der Zahl der verfügbaren Mannschaften und Pferde ab. Die Truppen hätten sich größte Mühe gegeben, an Lebensmitteln das Mögliche herauszuholen. Infolge fortwährenden Truppenwechsels und anderer Umstände sei aber die Bewirtschaftung immer schwieriger geworden. Nunmehr sei unter dem Generalquartiermeister eine eigene Wirtschaftsabteilung errichtet worden, der als Beirat Graf Keyserlingk beigegeben sei. Zu den Wirtschaftsausschüssen der Truppenteile würden von jeher praktische Landwirte zugezogen. Die Lebensmittelerzeugung in den Etappen werde in der Heimat manchmal unterschätzt; sie diene der Ernährung der Zivilbevölkerung und zum Teil auch der Truppen. Die Heimat brauche somit weniger hinauszuschicken. Gerade im letzten Wirtschaftsjahr sei es wertvoll gewesen, daß z. B. das große Gebiet Ober-Ost so viel an Kartoffeln gezogen habe, als der Bedarf ausgemacht habe. Von dort würden etwa 100 000 Tonnen Gerste der Heimat zugeführt werden.

Der Ausschuß trat dann in die Verhandlung der

Getreidepreisfrage

ein. Ein konservativer Redner hielt den Vorschlag, einen einheitlichen Gerstenpreis festzusetzen, für richtig, da Braugerste infolge des niederen Braukontingents nunmehr wenig in Frage komme. Auch für Hafer solle ein Einheitspreis angesetzt und nicht Hafer für Heereszwecke höher bezahlt werden. Er sei gegen Herabsetzung des Gerstenpreises, der angesichts dieses hochwertigen und verwendungsfähigen Erzeugnisses dem Weizenpreis gleichzustellen sei. Die besseren Bodenlagen in klimatisch bevorzugten Gegenden dürften nicht bevorzugt werden gegenüber den leichteren und ärmeren Gegenden; gerade darauf sei bei der Preisbildung zu achten. Er schlage vor, den Preis für die vier in Frage kommenden Getreidearten auf 14 M. den Zentner anzusetzen, und zwar für das ganze Jahr gleich, unter Wegfall der Prämienzahlung. Bei fallenden Preisen würden die Landwirte und Kriegerfrauen geschädigt, die unter Arbeitermangel usw. litten. Für das beschlagnahmte und nicht gleich abgenommene Getreide solle der höhere Preis gegeben werden, der seinerzeit zugesichert worden sei.

Ein Zentrumsabgeordneter gab zu, daß die Vereinheitlichung der Getreidepreise gewisse Vorzüge habe und Mißstimmung in den einzelnen Gegenden nicht aufkommen lasse; es sei aber darauf zu achten, daß der Brotpreis nicht eine Erhöhung erfahre. Wenn dieses Ziel, wenn nötig, durch Ausgleichszuschüsse, erreicht werden könnte, würde er in erster Linie den Vorschlägen des Vorredners beitreten. Die Druschprämie habe zum Teil nachteilig gewirkt. Ein Grundpreis, etwa 270 M., solle immer feststehen. Die Gegenden mit später Ernte seien bei Abnahme ihrer Erzeugnisse besonders zu berücksichtigen. Den Gerstenbauern solle ein Haustrunk gewährt werden, ähnlich wie den Obstbauern, und die dafür nötige Gerste ihnen freigelassen werden. So würde die intensive Kultur, die die Gerste brauche, eine gewisse Wertschätzung erfahren.

Präsident von Batocki

erwiderte, im Hinblick auf die Verbraucher sei ein Einheitspreis wohl möglich, denn es käme auch mehr oder weniger das Einheitsbrot zur Durchführung. Aber der Einheitspreis habe technische und praktische Bedenken, über die er sich nicht hinwegsetzen möchte. Es sei darauf zu sehen, daß der zur guten Brotbereitung notwendige Weizen im Anbau nicht allzu weit zurückgehe. Falsch sei es, anzunehmen, die Gegenden mit mageren Böden würden benachteiligt. Die Differenzierung der Gerste erregte schwere Bedenken, die auch Landesökonomierat Dr. Heim teile. Diese Frucht solle nicht höher stehen im Preise als die Brotfrucht, wegen der Verfütterungsgefahr. Die Gewährung eines Haustrunks erscheine nach den örtlichen Gebräuchen und Gepflogenheiten gerechtfertigt, dabei aber könne Bayern nicht weiter berücksichtigt werden. Die Gewährung einer Frühdruschprämie habe den Vorteil gehabt, daß Getreide rechtzeitig angeliefert worden sei und die Transportschwierigkeiten noch keine Rolle für die Versorgung spielten.

Ein Fortschrittler hielt Preise von 260 bis 270 M. für Roggen, Gerste und Hafer, einen höheren Preis für Weizen für angezeigt. Dabei solle aber der Brotpreis möglichst auf der gleichen Höhe gehalten werden. Er müsse sich gegen eine Differenzierung der Gerste und des Hafers aussprechen, wie es auch der konservative Redner getan habe.

Ein Redner der Nationalliberalen meinte, der Preis für Weizen und Gerste solle gleichgestellt, der für Roggen und Hafer nach den Vorschlägen der Professoren gestaltet werden. Die Druschprämie sei denen zugefallen, die ihr Getreide zurückgehalten und unpatriotisch gehandelt hätten.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wandte sich gegen den verlangten höheren Preis der Gerste, der Bayern zugute komme. Der vorgeschlagene Preis sei höher als vor dem Kriege. Damals habe Gerste in München 196 M., Weizen 205 M. gekostet. Die Erhöhung des Roggenpreises werde eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben; das werde Beunruhigung auslösen. Unter diesen Umständen lehne er es ab, höhere Preise der Landwirtschaft zu gewähren.

Präsident v. Batocki warnte vor der Annahme, es wäre möglich, die Sperrung zwischen Getreide- und Mehlpreis sowie diesen und dem Brotpreis wesentlich zu drücken. Die Gerste höher zu bewerten als den Roggen, könne er in Rücksicht auf die Brotversorgung nicht billigen.

*

Am Donnerstag verhandelte der Ernährungsausschuß über die

Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse.

Der Leiter der Reichsgemüsestelle Oberregierungsrat Tilly führte dazu aus: Es habe sich herausgestellt, daß einer Rationierung und öffentlichen Bewirtschaftung des Gemüses unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Gerade beim Gemüse seien Lieferungsverträge am Platze. Der Anbau von Gemüse und Gemüsesamen erfordere ungemein viel Arbeitskräfte. Aus der Türkei habe Deutschland erhebliche Zufuhren an Feigen, Rosinen und frischen Maiskolben erhalten. Neben den Erzeugerpreisen müßten auch die Groß- und Kleinhandelspreise für Gemüse geregelt werden. Durch Einführung eines Schlußscheins habe man die Möglichkeit der Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen Groß- und Kleinhandelspreis geschaffen.

Präsident v. Batocki erklärte, er halte an seiner Empfehlung der Lieferungsverträge fest. Lieferungsverträge seien auch für die ersten Frühkartoffeln sehr erwünscht, für die späteren Frühkartoffeln in den Fällen, in denen die Erzeuger in der Nähe des Verbrauchsgebiets wohnen. Es werde geplant, die Milcherzeugung durch Kleielieferung und die Eierproduktion durch Gewährung von Futter zu fördern.

Ein Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft äußerte die Befürchtung, daß die Lieferungsverträge nicht die Hoffnungen erfüllen würden, die Präsident v. Batocki auf sie setze. Oberregierungsrat Tilly trat diesen Ausführungen entgegen. Die Gemeinden würden sich gegenseitig kontrollieren. Die Heeresverwaltung schließe selbständige Verträge ab, sei aber natürlich an die Höchstpreise gebunden. Auch die Reichsgemüsestelle schließe selbständige Verträge ab, um nötigenfalls handelnd eingreifen zu können.

Ein Regierungsvertreter teilte mit, daß versucht werden solle, den Städten möglichst viel Ammoniak ihrer Gasanstalten zu belassen, das sie dann ihrerseits zu Düngerzwecken den Gemüseproduzenten zur Verfügung stellen könnten.

Ein Sozialdemokrat hielt die hohen Gemüsepreise für nicht gerechtfertigt. Der Zwischenhandel verteuere das Gemüse viel zu sehr. Es müsse dafür gesorgt werden, daß auch die Heeresverwaltung die einmal festgesetzten Höchstpreise nicht überschreite.

Von nationalliberaler Seite wurde hervorgehoben, bei der Gemüseversorgung dürfe nicht zu sehr zentralisiert werden, weil die Ware zu leicht verderbe.

Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei nahm mit Genugtuung von der Mitteilung Kenntnis, daß auch die Heeresverwaltung an die Höchstpreise gebunden sei. Die Höchstpreise aber müssen rechtzeitig festgesetzt werden.

Das Programm für die Übergangswirtschaft

Der Reichstagsausschuß für Handel und Gewerbe nahm den Bericht des Reichskommissars für die Übergangswirtschaft Senator Dr. Stamer über die Vorarbeiten zur Aufstellung eines Programms für die Übergangswirtschaft entgegen. Die Darlegungen bezogen sich auf die Valutafrage, die Tonnagefrage, die Verteilung der Rohstoffe aus In- und Ausland, die Wiederbeschäftigung der mobilisierten Arbeiter, die Rationierung der Lebensmittel, die auch zunächst nach dem Friedensschluß beizubehalten sei. Ein Mitglied des Ausschusses wünschte weitergehende Mitwirkung des Reichstagsausschusses bei den Vorarbeiten für die Übergangswirtschaft. Hinsichtlich der Gestaltung der vom Reichskommissar vorgesehenen Rohstoffverteilungsgesellschaften für die Industrie und die Verwendung der bereits vollzogenen Vorkäufe an Rohstoffen aller Art, erklärte der Reichskommissar, er denke sich die Verteilungsgesellschaft als Selbstverwaltungskörper der Industrie unter Aufsicht des Reichskommissars; der Handel werde bei der Rohstoffversorgung nicht zu umgehen sei; die Verkäufer hätten die Pflicht, nicht nur an die eigenen Interessen, sondern auch an die Notwendigkeit der Beschäftigung der gesamten Industrie zu denken, ihnen solle etwa durch Prämien eine Entschädigung für das übernommene Risiko geboten werden. Der Gedanke der engeren Zusammenarbeit des Übergangsamts mit dem Reichstag fand die grundsätzliche Zustimmung aller Redner. Ein Antrag: „Der Ausschuß spricht den dringenden Wunsch aus, Arbeiter- und Angestelltenvertreter der verschiedenen Richtungen für den Beirat der Übergangswirtschaft zu ernennen" — wurde mit Mehrheit angenommen, nachdem ein Mitglied den Wunsch geäußert hatte, auch Vertreter der großen Innungsverbände und Genossenschaften zu den Vorbereitungsarbeiten zuzuziehen, damit so das kleine und mittlere Gewerbe die gebotene Berücksichtigung finde.

Deutsches Reich.

Die Geschäftslage des Reichstags.

W. T.-B. **Berlin**, 1. März. Der Ältestenausschuß des Reichstags trat während der Sitzung der Vollversammlung zu einer Besprechung der Geschäftslage zusammen. Die erste Lesung des Etats und der Steuervorlagen soll morgen zu Ende geführt werden. Alsdann wird sich die Vollversammlung bis zum 20. März vertagen. In der Zwischenzeit tagen die Ausschüsse. Der Hauptausschuß wird morgen mit der Etatsberatung beginnen und die Etats des Reichskanzlers und der Reichskanzlei und dann den Etat des Innern erledigen. Hierauf werden die Steuervorlagen folgen. Der Ausschuß des Reichstags für Ernährungsfragen soll bis zum 20. März seine Beratungen abschließen. Ob versucht werden soll, die zweite Lesung des Etats in der Vollversammlung vor Ostern zu Ende zu führen, oder ob die Ernährungsfragen vorweg beraten werden sollen, steht noch dahin.

Eine gemeinsame Anfrage über die Z.-E.-G. im Abgeordnetenhaus.

W. T.-B. **Berlin**, 1. März. Im Abgeordnetenhaus wurde ein von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten unterzeichneter Antrag eingebracht, nach dem die Staatsregierung ersucht wird, in der verstärkten Haushaltskommission darüber Auskunft zu geben, wie bei der jetzigen wirtschaftlichen Lage die Versorgung des inneren Marktes durch die Zentraleinkaufsgesellschaft gefördert wird. Der Antrag steht auf der morgigen Tagesordnung.

Aufhebung des Ministerialerlasses gegen den deutschen Eisenbahnerverband.

W. T.-B. **Berlin**, 1. März. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Ministerialerlaß vom 24. Oktober vorigen Jahres aufgehoben, durch den der deutsche Eisenbahnerverband für die ständigen Arbeiter der Staatseisenbahnverwaltung verboten worden war. Dies ist geschehen, nachdem der Vorstand des Verbandes im Einvernehmen mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Eisenbahnverwaltungen die nachstehende Erklärung abgegeben und gewährleistet hatte, daß diese Erklärung den Satzungen des Verbandes beigefügt wird: Der deutsche Eisenbahnerverband gehört nicht zu den Organisationen, welche die Arbeitseinstellung zur Durchführung ihrer Forderungen in Anwendung bringen. Er hat, wie die vorstehende Satzung ergibt, keine Einrichtung, die es ihm ermöglichen würde, bei Lohn- oder anderen Arbeitsstreitigkeiten ein Kampfmittel zur Arbeitseinstellung anzuwenden. Er kann zur Unterstützung des Streiks weder von anderer Seite herangezogen werden, noch seinerseits Mittel anwenden.

Endlich Maßnahmen zur billigeren Lieferung von Fischen?

— **Berlin**, 2. März. (zb.) Zum Zweck der Verbilligung und gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung des Reichs mit Fischen wurden an der Ostsee große Mengen beschlagnahmt.

Der bayerische Landtag über die Malzschiebungen.

W. T.-B. **München**, 1. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der Kriegsminister entschieden Verwahrung gegen die gestrige Äußerung des Abg. Lutz (Bauernbund) ein, daß in bezug auf die Malzschiebungen bei den beteiligten Behörden sich Korruption gezeigt habe und betonte, daß die Kritik des Abg. Lutz an dem Generalkommando weit über das Ziel hinausgehe. Der Vorwurf der Korruption sei der schwerste, den man einer Behörde machen könne. Er weise den Vorwurf als unbegründet mit aller Entschiedenheit zurück. Das stellvertretende Generalkommando und die bayerische Malzverteilungsstelle hätten im besten Glauben gehandelt und sich in dem besten Glauben, wie der Kriegsminister hinzufügte, geirrt. Der Kriegsminister bezeichnete es als seine Pflicht, zu wiederholen, daß der Leiter der Malzverteilungsstelle und das stellvertretende Generalkommando während des Krieges die wertvollsten Dienste geleistet hatten, und daß ihre persönliche Ehrenhaftigkeit außer allem Zweifel stehe. Abg. Lutz (zur Geschäftsordnung): Der Kriegsminister hat gegen meine gestrige Kritik an den Malzschiebungen entschiedene Verwahrung eingelegt. Es kam dabei zu einer Erläuterung des Wortes Korruption, der sich entschieden widerspreche. Es lag mir völlig fern, von irgend einem Beamten anzunehmen, daß er sich bei den Vertuschungen finanzielle Vorteile verschaffen wollte. Wenn eine amtliche Stelle von so großen Verfehlungen gegen Recht und Gesetz, wie es Malzschiebungen sind, Kenntnis erhält und diese Tatsache nicht sofort dem Strafrichter zur Kenntnis bringt, so besteht darin eine Rechtsbeugung und eine Verletzung von Recht und Gesetz. Das ist Korruption! Vizepräsident Dr. v. Casselmann ruft den Redner zur Ordnung. Der Minister des Innern legt in Abwesenheit des Kriegsministers entschieden Verwahrung gegen die Angriffe des Abg. Lutz ein. Wenn dieser die Vorwürfe außerhalb des Hauses mache, werde sich schon das Richtige finden.

---

* **Hof- und Personal-Nachrichten.** Die Königin von Schweden traf, von Karlsruhe kommend, gestern vormittag in Berlin ein und stieg in der schwedischen Gesandtschaft ab, wo Ihre Majestät einige Zeit zwecks ärztlicher Behandlung zu bleiben gedenken.

Aus dem Bundesrat. W. T.-B. **Berlin**, 1. März. In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Die Änderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web- usw. Waren vom 10. Juni bezw. 23. Dezember 1916, der Entwurf einer Bekanntmachung über Manganerze und Eisenerze mit niedrigem Phosphorgehalt, der Entwurf einer Bekanntmachung über Rohzucker, Zuckerrüben usw., der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges.

*

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Förderung des Handwerks.

Unter dem Krieg und seinen Folgen hat kein Erwerbsstand schwerer zu leiden, als der selbständige Mittelstand, ganz besonders das Handwerk. Tausende einst blühender Betriebe sind zusammengebrochen, zahlreiche andere können nur mit Mühe und Not über Wasser gehalten werden. Davon werden nicht allein die Betriebe betroffen, deren Inhaber im Feld stehen, auch viele andere liegen aus Mangel an Rohstoffen, Arbeitskräften oder Aufträgen darnieder. Umfassende Hilfe ist hier dringend nötig. Auf Einladung des Zentralvorstandes des Gewerbevereins für Nassau traten am Mittwochabend Vertreter der Handwerkskammer, des Innungsausschusses, des Ortsausschusses für Gewerbeförderung, des Lokal-Gewerbevereins und des Gewerbevereins für Nassau zusammen, um die Maßnahmen zu besprechen, welche geeignet sind, dem Handwerk über die schweren Zeiten hinwegzuhelfen und auch für die Zeit nach dem Krieg den Boden für eine gesunde Entwicklung der gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorzubereiten. Übereinstimmend war man der Ansicht, in erster Linie den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Die maßgebenden Interessenvertretungen sollen angegangen werden, sich dafür zu verwenden, daß dem Handwerk für die Übergangszeit aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft Aufträge für öffentliche Arbeiten und Lieferungen übertragen werden. An Stelle der öffentlichen Arbeitsverdingung an den Wenigstfordernden wird die Vergebung zu angemessenen Preisen, unter besonderer Berücksichtigung des in den Lieferungsgenossenschaften vereinigten Handwerks gefordert. Insbesondere darf erwartet werden, daß das Handwerk auch nach dem Krieg in ausgiebigem Maße mit Heereslieferungen bedacht wird. Es hat während des Kriegs seine Befähigung dafür dargetan, unter Aufwendung erheblicher Mittel die Betriebe dafür eingerichtet, und würde eine schwere wirtschaftliche Schädigung erleiden, wenn ihm mit dem Friedensschluß die Heereslieferungen entzogen würden. Durch eine Umfrage bei den Innungen und handwerklichen Fachvereinigungen und Genossenschaften, die in Wiesbaden von dem Ortsausschuß für Gewerbeförderung, im Lande von den zu bildenden Gewerbevereins-Kreisverbänden veranlaßt wird, sollen Erhebungen darüber angestellt werden in welchem Umfang die einzelnen Handwerksbetriebe oder Lieferungsgenossenschaften bestimmte öffentliche Arbeiten und weitere Heereslieferungen übernehmen können. Die Lieferungsgenossenschaften werden nach Bedarf ihre Satzungen dahin erweitern, daß sie auch die Beschaffung der für ihre Mitglieder erforderlichen Rohstoffe in den Bereich ihrer Tätigkeit ziehen. Weiterhin ist zwecks Beschaffung barer Betriebsmittel beabsichtigt, nachdrücklichst dafür einzutreten, daß die auf Veranlassung und mit Unterstützung der Staatsregierung eingerichteten Kriegshilfskassen ihre Wirksamkeit auch auf solche Angehörige des gewerblichen Mittelstandes ausdehnen die zwar selbst nicht Kriegsteilnehmer waren, die aber infolge des Kriegs in wirtschaftliche Notlage geraten und ihre vordem leistungsfähigen Betriebe nur durch die Inanspruchnahme der Kriegshilfskasse wieder aufzubauen in der Lage sind. Zur Hebung besonders des Wiesbadener Handwerks sind noch weitere Maßnahmen, u. a. eine engere Verbindung der hier bestehenden gewerbefördernden Einrichtungen, geplant, auf die wir später noch zurückkommen werden.

— **Angekommen** ist hier und zu mehrwöchigem Aufenthalt im „Nassauer Hof" abgestiegen die Großherzogin Elisabeth von Mecklenburg-Strelitz mit Hofdame Gräfin Magdalene Schweinitz.

— **Aluminium.** Gestern ist eine neue Bekanntmachung in Kraft getreten, die neben einer Meldepflicht eine Beschlagnahme, Enteignung und Einziehung von aus Aluminium bestehenden Gebrauchsgegenständen und im Gärgewerbe üblichen Kellereigeräten vorsieht. So weit durch die Beschlagnahme Haushaltungsgeräte betroffen werden, handelt es sich durchweg um Gegenstände, deren Ersatz in emailliertem Eisen, feuerfestem Porzellan und Ton ohne weiteres möglich ist.

— **Beschlagnahmung von Glocken.** Nach einer jetzt in Kraft getretenen Bekanntmachung können Bronzeglocken freiwillig abgeliefert, aber auch beschlagnahmt und enteignet werden. Um den Bedürfnissen des Gottesdienstes gerecht zu werden, wurde bestimmt, daß vorerst je eine Glocke im Geläut erhalten bleiben soll. Auf kunstgeschichtlichen und kunstgewerblichen Wert wird Rücksicht genommen. Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung kann in den amtlichen Veröffentlichungen und bei den Amtsstellen eingesehen werden.

— **Unterschlagene Feldpostsendungen.** Nach der „Saalezeitung" wurden in der Nähe von Diemitz bei Halle a. S. zwei entleerte Feldpostsäcke gefunden. Aus den Briefschaften usw. läßt sich feststellen, daß die Pakete des einen Postsacks am 12. Februar d. J. aufgegeben worden waren und zum größten Teil aus Hessen und dem Rheinland stammten. Der zweite Postsack enthielt, wie aus den Adressen einiger noch vorhandener unbeschädigter Pakete hervorging, Sendungen die am 13. Februar d. J. in hessen-nassauischen Orten aufgegeben und für Angehörige des 3. Bataillons des Landsturm-Infanterie-Regiments 20 bestimmt waren. Die Funde wurden bei der Postanstalt in Diemitz abgeliefert.

— **Verhafteter Einbrecher.** Die Biebricher Kriminalabteilung hat den Einbrecher Hans Buck aus Lübeck verhaftet, der in den letzten Wochen in den Städten Lübeck, Flensburg, Neuhaus, Hannover, Kleefeld, Kassel, Frankfurt und Wiesbaden sein Unwesen trieb. Er wurde verschiedener Einbruchsdiebstähle überführt und gestand schließlich nach hartnäckigem Leugnen, nachdem ihm ein Entrinnen unmöglich war, eine große Anzahl der ihm zur Last gelegten Verbrechen ein. Buck ist ein entwichener Fürsorgezögling.

— **Die Lage des Arbeitsmarkts in Hessen-Nassau.** Der Arbeitsmarkt steht, wie der Mitteldeutsche Arbeitsnachweisverband berichtet, im Zeichen stärkster Anspannung. Das Metallgewerbe zeigt nach wie vor überaus starke Nachfrage nach hochqualifizierten Facharbeitern. Im Baugewerbe ist ebenfalls weiter starke Nachfrage; die gegen Schluß des Monats einsetzende strenge Kälte hatte eine Einstellung der Bauarbeiten zur Folge. Die durch das Verbot der Privatbauten freigewordenen Kräfte fanden, meist bei dem gleichen Arbeitgeber, bei Heeresbauten Beschäftigung. Im Holzgewerbe ist die Nachfrage weiter gestiegen. Gegen Ende des Monats wirkte die strenge Kälte hemmend auf die Entwicklung ein. Sattler und Polsterer waren für Heeresarbeiten stark angefordert. Die Beschaffung geeigneter Kräfte war in vielen Fällen unmöglich. Im Nahrungsmittelgewerbe herrschte starke Nachfrage nach Bäckern, die nur zur Hälfte befriedigt werden konnte. Ebenso verhielt es sich im Bekleidungsgewerbe mit Schuhmachern, hier war fast kein Angebot vorhanden. Das Hotel- und Gastwirtsgewerbe liegt entsprechend den Einschränkungen darnieder. Der weibliche Arbeitsmarkt gleicht in seiner Gestaltung dem männlichen. Arbeitskräfte für häusliche Dienste sind infolge der höher bezahlten gewerblichen Arbeit schwer zu beschaffen. Der Zuzug zur Munitionsarbeit hält an.

— **Die Theaterschließungen und der Bühnenverein.** In Berlin tagte eine außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins. Sie war einberufen worden, um zu der Schließung der Theater, die in größeren und mittleren Städten infolge des Kohlenmangels und auch aus anderen Gründen notwendig geworden ist, sowie zu anderen sozialen Aufgaben der Bühnen Stellung zu nehmen. In der Debatte wurde von verschiedenen Rednern betont, daß die Schließung der Theater unbedingt vermieden werden müsse. Für die Soldaten, wenn sie auf Urlaub in der Heimat weilen, sei der Theaterbesuch als geistige Erfrischung notwendig. Die Debatte wandte sich auch den Pflichten der Bühnenleiter gegenüber der Bevölkerung zu. Zum Schluß wurde einstimmig eine Resolution gefaßt, mehr billige Vorstellungen für die Arbeiter zu geben.

— **Salat aus Erdkohlrabis.** Ein Leser stellt uns folgendes Rezept zur Verfügung. Man schneide die Kohlrabis in dünne kleine Scheiben oder auch Würfel, koche sie weich und mache davon nach dem Erkalten einen Salat daraus. Falls es an Öl mangelt, kann man ganz gut etwas Hafer- oder Gerstenschleim als Ersatz anwenden. Auch etwas gewöhnliches Mehl mit Wasser aufgekocht ersetzt das Öl. Es empfiehlt sich, den Salat nicht so sauer zu machen, da er dann besonders gut ist und man dann nur sehr wenig Kartoffeln dazu zu essen braucht. Es ist dies ein sehr schmackhaftes Essen und manche Hausfrau wird froh sein, eine neue Art der Zubereitung für Rüben zu wissen.

Handelsteil.

Amtliche Devisenkurse in Deutschland.

W.T.-B. Berlin, 2. März. (Drahtbericht.) Telegraphische Auszahlungen für:

New-York	5.52 G. Mk.	5.54 B. für	1 Dollar
Holland	240.25 G. «	240.75 B. «	100 Gulden
Dänemark	164.00 G. «	164.50 B. «	100 Kronen
Schweden	173.75 G. «	174.25 B. «	100 Kronen
Norwegen	166.75 G. «	167.25 B. «	100 Kronen
Schweiz	118.87 G. «	119.13 B. «	100 Francs
Oesterreich-Ungarn	64.20 G. «	64.30 B. «	100 Kronen
Bulgarien	79.63 G. «	80.63 B. «	100 Lewa
Konstantinopel	20.90 G. «	21.00 B. «	1 türk. Pfd.
Spanien	125.50 G. «	126.50 B. «	100 Pesetas

Amtlicher Wechsel-Zinsfuß.

Berlin	5	Ital. Plätze	5	London	5½	Petersburg	6	Schweiz	5
Amsterdam	4½	Kopenhagen	5	Madrid	4½	Stockholm	5½	Pl.	4½
		Lissabon	5½	Paris	5	Christiania	5½	Wien	5

Ausländische Wechselkurse.

w Amsterdam, 1. März. Wechsel auf Berlin 40.45 (zuletzt 40.65), auf Wien 25.32½ (25.25), auf die Schweiz 49.32½ (49.37½), auf Kopenhagen 68.80 (68.95), auf Stockholm 73.20 (73.22½), auf New York 247.75 (247.75), auf London 11.80 (11.80¼), auf Paris 42.40 (42.40).

Banken und Geldmarkt.

= Deutsche Hypothekenbank, Meiningen. Infolge der Andauer des Weltkrieges mußte die Bank laut Geschäftsbericht auch im Jahre 1916 auf eine Ausdehnung des Geschäfts verzichten und ihre Tätigkeit im wesentlichen auf die Verwaltung des bisherigen Geschäfts beschränken. Die Einnahme aus Hypothekenzinsen betrug 25 994 812 M. Die Verzinsung der Pfandbriefe erforderte 21 903 904 M. Die Zinsen aus Wertpapieren, Kontokorrent, Lombard und Wechseln haben sich um 72 282 M. auf 568 197 M. erhöht. Die Gesamtzinseinnahme beläuft sich auf 26 561 266 M. Nach Abzug der Pfandbriefzinsen bleibt ein Überschuß von 4 657 361 M., also 53 470 M. mehr als im Vorjahr. Der Reingewinn beträgt 2 855 983 M (i. V. 2 841 579 M.), der sich durch die Hinzurechnung des restlich verbliebenen Vortrags auf 3 056 780 M. erhöht. Es wird vorgeschlagen, eine Dividende von abermals 7 Proz. zu verteilen. Es verbleibt nach Abzug der Tantiemen alsdann noch ein Restbetrag von 615 480 M., der, soweit er nicht für Zwecke, die sich wegen des Krieges zurzeit noch nicht übersehen lassen, benötigt wird, die Summe von höchstens 500 000 M. den Reserven (Spezial-, Disagio-, Immobilien-Reserve) zuzuführen und alsdann den Rest auf neue Rechnung (1917) vorgetragen werden soll. Der Eingang der Hypothekenzinsen konnte auch in dem noch in verschärftem Maße unter dem Zeichen des Krieges stehenden Berichtsjahr verhältnismäßig befriedigen. Rückständig waren am 31. Dezember 1916 1 120 718 M., das sind 4.3300 Proz. gegenüber 2.2286 Proz. im Vorjahr.

W. T.-B. Wiedereröffnung der Konstantinopler Börse. Konstantinopel, 1. März. (Eig. Drahtbericht.) Den Blättern zufolge hat die Regierung beschlossen, die Konstantinopler Börse am 1. Mai wieder zu eröffnen.

Industrie und Handel.

* Zusammenschluß in der Tonindustrie. Eine Versammlung des Verbandes deutscher Tonindustrieller und der Deutschen Ziegelei-Vereinigung beschloß einstimmig, wie verlautet, einen Zusammenschluß und eine gemeinsame Organisation, zu der auch andere deutsche Tonverbände herangezogen werden sollen. Das Ziel sei die Wahrung der Interessen zunächst in Eingaben an die Regierung und Maßnahmen zur Milderung der Lage des Gewerbes.

* Hibernia. Den Aktionären der Hibernia werden jetzt mit Gültigkeit bis 4. April diejenigen Angebote in 4½proz. preußischen Schatzanweisungen gemacht, die sich auf Grund der Verstaatlichung ergeben. Auf je 3000 Mark Hibernia-Stammaktien entfallen 8000 M. 4½proz. preußische Schatzanweisungen mit Zinsen ab 1917 sowie 100 M. in bar. Spitzenverwertung ist vorgesehen.

Verkehrswesen.

* Güterbeförderungs-Versicherungs-Gesellschaften im Krieg. Lehrreich ist der Zahlenausweis, welcher vom Deutschen Transport-Versicherungs-Verband über die Ergebnisse aufgemacht worden ist, welche seine eigenen und die dem Verbande nicht angehörenden deutschen Gesellschaften in den Jahren 1914 und 1915 erzielt haben. Im Durchschnitt betrugen bei allen Gesellschaften zusammen der Prozentsatz der Schäden im Jahre 1914 81.03 Proz., 1915 79.28 Proz., die Kosten aber 21.28 Proz. bezw 19.29 Proz. Die vereinnahmten reinen Prämien ergaben folgende Gewinne: im Jahre 1906 5.13 Proz., 1907 0.93 Proz., 1908 0.38 Proz., 1909 1.81 Proz., 1910 2.38 Proz., 1911 2.56 Proz., 1912 2.75 Proz., 1913 2.95 Proz., 1914 aber 0.41 Proz. Verlust und 1915 nur 0.12 Proz. Gewinn. Von den Kriegsjahren schließt also das erste mit einem Verlust überhaupt. Das Jahr 1915 hinwiederum zeigt einen Verdienst, der noch weit unter demjenigen der schlechtesten Jahre 1907 und 1908 bleibt und mit dem regelmäßigen reinen Gewinn aus Prämien nicht zu vergleichen ist.

Weinbau und Weinhandel.

m. Aus der Rheinpfalz, 1. März. In Bad Dürkheim brachten die Weingüter Phil. Zumstein und Dr. Hugo Bischoff eine Liste 1913er, 1914er und 1915er Weißweine aus Lagen der Gemarkungen Dürkheim und Ungstein zur Versteigerung. Diese Weine wurden sämtlich zugeschlagen. Es kosteten die 1000 Liter 1913er Dürkheimer 3100 M., 1914er Dürkheimer 3180 bis 3760 M., 1915er Dürkheimer 3324 bis 17 000 M., 1915er Ungsteiner 7650 M. Gesamterlös rund 360 000 M.

Wettervoraussage für Samstag, 3. März 1917
von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Meist trübe, geringe Niederschläge, Nachtfrost.

Wasserstand des Rheins

	am 1. März	gegen	am gestrigen Vormittag
Rheinfelden	Pegel: 1.15 m	1.15 m	»
Caub.	» 1.53 »	1.55 »	»
Maxau.	» 0.46 »	0.53 »	»

Der Tagesbericht vom 2. März.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 2. März. (Amtl.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ypern und Arras blieben mehrere Erkundungsvorstöße des Feindes ohne Erfolg. Gegen unsere Gräben östlich und südöstlich von Souchez drangen nach lebhaftem Feuer starke englische Abteilungen vor. Sie wurden abgewiesen; im Nahkampf blieben 20 Gefangene mit einem Maschinengewehr in unserer Hand.

Im Ancregebiet vielfach Zusammenstöße im Vorfeld unserer Stellungen; dort und bei Säuberung der Engländernester bei Sailly wurden 30 Gefangene und 3 Maschinengewehre eingebracht.

An der französischen Front fanden mehrere örtliche Unternehmungen statt. Südlich von Nouvron holten unsere Stoßtrupps einige Gefangene aus der zweiten feindlichen Grabenlinie.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich und südlich von Riga, zwischen Miadziol- und Narocz-See, an der Schtschara, sowie zwischen dem oberen Sereth und dem Dujestr war zeitweilig die Gefechtstätigkeit rege.

Auf dem Ostufer der Narajowka hatte ein Vorstoß unserer Sturmtrupps vollen Erfolg. In der russischen Stellung wurden Minenstollen gesprengt, 1 Offizier, 170 Mann gefangen und je 3 Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet.

Front des Generaloberſten Erzherzog Joseph.

In fünfmaligem, sehr verlustreichen Ansturm versuchten die Russen die Höhe nördlich der Baleputna-Straße wieder zu nehmen. Die Angriffe sind sämtlich vor unseren Stellungen zusammengebrochen.

Bei der
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen
und an der Mazedonischen Front
ist die Lage unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten

Hauptschriftleiter: A. Hegerhorst.
Verantwortlich für deutsche Politik: A. Hegerhorst; für Auslandspolitik: Dr. phil. K. Sturm; für den Unterhaltungsteil: B. v. Rauenhorst; für Nachrichten aus Wiesbaden und den Nachbarbezirken: J. V.: H. Diefenbach; für Gerichtssaal: H. Diefenbach; für Sport und Luftfahrt: J. V.: C. Lodacker; für Vermischtes und den Briefkasten C. Lodacker; für den Handelsteil: B. Egg; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornauf; sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag der L. Schellenberg'schen Hof-Buchdruckerei in Wiesbaden.
Sprechstunde der Schriftleitung: 12 bis 1 Uhr.

Amtliche Anzeigen

Holzverkauf.

Aus unserem Armen-Arbeitshaus, Mainzer Str. 148a, werden Wellen (Anzündeholz) in Quantitäten von 1—100 Stück zum Preise von 70 Pf. pro Welle abgegeben. Dieselben sind in der Anstalt abzuholen.

Bestellungen werden im städt. Verwaltungsgebäude, Marktstraße 1—3, Zimmer Nr. 27, u. im städt. Armen-Arbeitshaus, vormittags zwischen 9 u. 1 Uhr und nachmittags zwischen 3 u. 6 Uhr, entgegengenommen. F449

Der Magistrat. Armenverwaltung.

Holzverkauf
der Oberförsterei Chausseehaus am Samstag, den 10. März 1917, vorm. 10 Uhr, im „Taunusblick" (Bahnhof Chausseehaus):
I. Aus Schutzbezirk Chausseehaus.
Distrikt 57 (Birken):
Buchen: 523 rm Scheit, 134 rm Knüppel.
II. Aus Schutzbezirk Georgenborn.
Distrikt 19 (Rotekreuzkopf):
Buchen: etwa 320 rm Scheit, 170 rm Knüppel.
Die Züge treffen von Hahn 7.31 u. 10.05, die von Wiesbaden nur 7.31 in Chausseehaus ein. Rückfahrt von hier nach Hahn 11.43 u. 1.55, nach Wiesbaden 2.37. F265

Standesamt Wiesbaden.
(Rathaus, Zimmer Nr. 30; geöffnet an Wochentagen von 8 bis 1 Uhr; für Eheschließungen nur Dienstags, Donnerstags und Samstags.)

Sterbefälle.
Febr. 23.: Wwe. Emma Becker, geb. Jahn, 73 J. — 24.: Paula Muck, ohne Beruf, 43 J. — Rentn. Albert Schneider, 67 J. — Rechnungsrevisor a. D. Hermann Meyer, 78 J. — Witwe Johannette Weiland, geb. Wintermeyer, 78 J. — Ehefr. Helene Roth, geb. Raab, 33 J. — Schneider Peter Preisendörfer, 66 J. — Taglöhner Johann Jung, 56 J. — Wwe. Anna Blum, geb. Kaufheld, 82 J. — Ehefrau Karoline Abel, geb. Schulz, 53 J. — Ehefrau Anna Heuß, geb. Munsch, 64 J. — Hauptlehrer a. D. Albert Kuhlmann, 69 J. — Rentner Dr. med. Gustav Osann, 80 J. — 25.: Witwe Margarete Schiefer, geb. Löhr, 81 J. — Witwe Katharine Böhler, geb. Raaf, 76 J. — 26.: Ehefrau Dorothea Kulow, geb. Knickel, 84 J. — Küchenchef Wilhelm Hoff, 49 J. — Witwe Elise Böhnert, geb. Rossel, 60 J. — Irmgard Steigerwald, 6 M. — Helene Hasel, 4 J. — Ehefrau Johannette Bettendorf, geb. Kober, 67 J. — Paula Schönberger, 1 J. — 27.: Privatmann Heinrich Reitz, 71 J. — Generalleutnant z. D. Wolf von Amstetter-Zwerbach und Grabeneck, 68 J. — Witwe Anna Bauer, geb. Hattemer, 84 J. — Ehefrau Elisabethe Kießling, geb. Krebs, 72 J. — Witwe Elisabeth Weidenbusch, geb. Dieterich, 86 J. — Rentnerin Emma Menck, 65 J. — 28.: Invalide Wilhelm Schwarz, 55 J.

Amtliche Anzeigen Sonnenberg

Bekanntmachung.
Betr.: Verkauf von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion.

Paragraph 8 der Verordnung betr. das Verbot des Verkaufs von Ferngläsern und Objektiven für Photographie und Projektion vom 6. 10. 1916 — III b 19 525/5982 — wird dahin abgeändert:

„Wer den Vorschriften der §§ 1, 2 und 5 zuwiderhandelt, oder zu einer Uebertretung der §§ 1, 2 und 5 auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu 1500 Mk. erkannt werden."

Frankfurt a. M., 10. Februar 1917.
Stellvertretendes Generalkommando. 18. Armeekorps.
Der stellv. Kommandierende General. Riedel, Generalleutnant.

Wird veröffentlicht.
Sonnenberg, den 27. Februar 1917.
Der Bürgermeister. Buchelt.

Nichtamtliche Anzeigen

Dr. Prüssian
ist zurückgekehrt.

Eingem. Gurken
in großem und kleinem Quantum.
Stearinkerzen
F. Henrich,
Tel. 1914 Bücherstr. 24.

„Ochsena"
frisch eingetroffen.
Schloß-Drogerie Siebert, Marktstr. 9.

Plakate:
Möblierte Zimmer zu vermieten.
auf Papier und aufgezogen auf Pappdeckel zu haben in der
L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei
Langg. 21. • Hofbuchdruckerei.

Harmoniums,
zu vermieten
von Mk. 5.— an.
Pianohaus Schmitz.
Rheinstr. 52

Wohnungs-Einrichtungen! Schlafzimmer, Wohn-, Herren- u. Speisezimmer, Salons, groß. Küchenlager, einz. Möbelstücke sowie Polster-Sessel, Sofas in bekannt guter Qualität.
Weyershäuser u. Rübsamen, Möbelfabrik, 39
Wiesbaden — Luisenstr. 17.

Klettenwurzel-Oel
altbewährt, gegen Haarausfall und zur Kräft. des Haarwuchses, gegen Schuppen u. rauhe trockene Haut empf. Parf.-Handl. v. W. Sulzbach, Bärenstr. 4, in Fl. zu 75 Pf. u. 1 M.

Feinseife
von 2.75 Mk. an wieder etwas eingetroffen. Drogerie Backe, Taunusstr. 5.

Elfen-Milch
für empfindliche Haut.
Parfüm. Altstaetter,
Ecke Lang- und Webergasse.

Pelze — Pelze,
so lange Vorrat, kein Laden, daher billig. Frau Görtz, Adelheidstraße 35.

Umpressen
von sämtlichen
Damenhüten,
aller Art Geflechte auf neueste Formen. Prompte Lieferung zugesichert.
Jenny Matter, Bleichstraße 11.

Steno graphie- u. Schönschreib-Unterricht
erteilt für junge Mädchen
H. Willy Fischer, Göbenstr. 11, H. P.

Militärische Gesuche, Zurückstellung u. Eingaben, Reklam. in all. Fällen, Schriftsätze an alle Behörden fertigt an
Büro Gullich, Wiesbaden,
Wörthstraße 3, I.
(Ausk. in Unterstütz.- u. Rechtssachen.)

Umzüge
per Federrolle in der Stadt werden prompt und gut ausgeführt.
Wilhelm Arnet,
Riehlstraße 19. — Telephon 6093.

1 Sofa mit 2 Sessel, 1 Regulator, 1 Waschständer mit Garn., 1 Spieg., 1 Schirmständer, 1 Leiterstuhl usw. billig Gneisenaustraße 11, Oth. 2 l.

Ein Sofa u. 2 Sessel,
1 Schlafzim. m. 1 Bett, sehr gut erh., zu verk. Zu erfragen Taunusstr. 38.

Vollständige Küchen-Einrichtung, gut erh., Gasherd, Nipptischchen u. Bilder zu vk. Scharnhorststr. 7, P. r.

3 Ztr. Korb- u. Hestweiden
zu verkaufen
Schierſteiner Landstraße 4, Lor.

Brillanten u. Perlen
kauft zu hohen Preisen
Rosenau, Marktplatz 3.

Brillanten u. Perlen,
auch unter vollwertiger Anrechnung der Fassung, kauft zu höchst. Preisen
Bößmann, Yorkstraße 9, 3.

Aus Privat
zu kaufen gesucht:
Echte Tasche, Brillantring, Ohrringe, Kollier, Armband.
Off. u. F. 459 an den Tagbl.-Verl.

Piano zu kaufen gesucht.
Gefl. Offert. mit Preisangabe an Postschließfach 102 Wiesbaden.

Antike Möbel,
Gemälde, Porzellan,
als Tassen, Figuren u. Uhren kauft zu guten Preisen Rosenau, Marktplatz 3. Telephon 6384.

Möbel,
einzelne Stücke, sowie ganze Einrichtungen, kauft stets F. Darmstadt, Frankenstraße 25.

Ankauf von Möbel,
Betten und ganzen Haushaltungen.
O. Kannenberg, Walramstraße 27.

100
komplette Betten, 1 Speisezimmer, 1 Wohnzimmer, 1 Herrenzimmer, 1 Fremdenzimmer, 1 Chaiselongue, 1 Damenschreibtisch und Küche, auch einzeln, gegen hohe Bezahlung zu kaufen gesucht. Bestell. nimmt entg. Wagmann, Saalgasse 26.

Bis zu 20%
zahle ich mehr wie die Konkurrenz für gebr. Möbel u. Betten, ganze Haushaltungen, Pensionen u. Nachlässe, auch defekte Rohrstühle. Off. unter K. 454 an den Tagbl.-Verlag.

Kaufe gegen sofortige Kasse
vollständige Wohnungs- u. Zimmer-Einricht., Nachlässe, einzelne Möbelstücke, Antiquitäten, Pianos, Kassenschränke, Kunst- u. Auktionssachen etc. Gelegenheitskauf Chr. Reininger, Schwalbacher Str. 47. Telephon 6372

Schreibtisch oder Sekretär,
auch Rollpult, zu k. gesucht, Off. m. Preis Postschließfach 102 Wiesbad.

Zur Möblierung
eines Pensionats werden gesucht 20 kompl. Fremdenzim. mit 1 und zwei Betten, Speisez., Wohnz., Herrenz. u. Küche. Die Möbel werden auch einzeln angekauft bei guten Preisen. Off. u. K. 657 an den Tagbl.-Verl.

Guterh. Schlafz., Vertiko u. Küchen-Einricht. zu k. ges. Off. m. Preis an Postschließfach 102 Wiesbaden.

Gebr. große Markise oder Drell
gesucht. Sinz, Webergasse 27.

Alte Grammophonplatten, Wachswalzen,
auch zerbrochene, kauft
Fritz Darmstadt,
Frankenstraße 25.

Zum 15. März ein
Kochlehrfräulein
gesucht. Villa Carmen, Abeggstr. 2.

Mädchen sofort gesucht
Bismarckring 10, Parterre links.

Schriftsetzer
sucht die
L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei
Wiesbaden.

Adler-Schreibmaschine
zu leihen oder kaufen gesucht. Off. mit Preis u. R. 232 Tagbl.-Verlag.

Verloren
40 Mk. mühsam verdienter Arbeitslohn auf dem Wege Gerichtsstr. ahe, Kirchgasse, Schulberg, Donnerstag abend. Gegen Belohnung abzugeben Gerichtsstraße 3, 2.

2 m schw. Kleiderst.
b. Umst. v. Linie 6 in 4 am Donnerstagabend verloren. Abzugeben gegen Belohnung Rahnstraße 32, Part.

Ein Paket mit Damenhose
Ecke Michelsberg und Kirchgasse verloren. Abzugeben gegen Belohn. Michelsberg 26, 2.

Moiree-Handtasche
am 1. 3., abends 7 Uhr, a. d. Hauptpost verloren. Da Inhalt Schlüssel und Andenken gegen gute Belohnung abzug. bei Lambert, Kaiser-Friedrich-Ring 41.

Verloren Mittwoch abend Langgasse bis Westendstraße
schwarzer Sammet-Gürtel
mit Oxyd-Schnalle. Gegen Belohn. abzugeben Webergasse 28, Laden lks.

Verloren
in Eltville v. d. Krone bis Bahnhof fünf Fleischkarten m. d. Namen Ullrich abgest. Abzug. gegen gute Belohn. Wiesbadener Allee 53.

Städtischer Verkauf

Bleichstraße 26. F 449

Gesalzenes Muschelfleisch Mk. 1.40 das Pfd.
Gewässerter Klippfisch . „ —.70 „ „

Amtlicher militärischer Kriegsfilm!

Welthistor. Dokument aus dem Archiv des Großen Generalstabs:

Unsere Helden an der Somme!

Das gewaltigste aller geschichtlichen Ereignisse, ein Heldenlied für unsere braven Krieger in der Somme-Schlacht!

Erst-Aufführung: Samstag, 3. März, nachm. 4—10 Uhr.

Auch für die Jugend genehmigt!

Thalia-Theater Kirchgasse 72. Telephon 6137.

Verein der Künstler und Kunstfreunde E.V.

Montag, den 5. März 1917, abends 7½ Uhr, im Kasino, Friedrichstraße:

VIII. Konzert.

Fräulein **Schöll** aus **München,** Klavier,
Herr Professor **Petschnikoff** aus **München,** Violine

Programm wird morgen veröffentlicht. F 222

Der Verstand.

BESUCHSKARTEN
In jeder Ausstattung fertigt die L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei, Wiesbaden
Kontore im „Tagblatthaus", Langgasse 21
Fernsprecher 6650/53

Laut Magistratsbeschluß ist mir die Genehmigung für

P.-Weißbrot

zu backen erteilt worden und bitte um gütigen Zuspruch.

Fritz Bossong, Kirchgasse 58.

Am 19. Februar verschied nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Tante

Fräulein Karoline Dauer.

Sie hat ihr ganzes Leben in hingebender Liebe und aufopfernder Pflichttreue unseren Familien gewidmet.

Ihr Andenken steht in hohen Ehren.

Die dankbaren Hinterbliebenen:
Familien Michaelis, Mahr und Gail.

Die Beisetzung fand in aller Stille statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer getroffenen Verluste sagen wir allen unseren innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Franziska Böhnert.

Altkatholische Gemeinde.

Die Kirchensteuer wird nicht, wie irrtümlich berichtet, durch Hrn. Stillger, sondern durch den Rendanten

Herrn Rentner Bouteiller,
Oranienstraße 21, 2,
eingezogen. F 560

Wiesbaden, 1. März 1917.
Der Kirchenvorstand.

Wiesbadener Militär-Verein.

E. V.

Samstag, 3. März 1917, abends 9 Uhr, F 468

im Vereinsheim, Helenenstraße 27:

Hauptversammlung.

Zahlreiche Beteiligung erbeten.

Der Vorstand.

Linoleum
Wagner, Rheinstr. 79. Tel. 3377.

Trotz aller Schwierigkeiten

bin ich noch in der Lage, ein erstklassiges Kostüm zu mässigem Preise zu liefern, auch werden Stoffe angenommen.

Peter Alt, Damenschneider, Am Römertor 7
Telefon 2761.

Husten.

Wiesbadener Tabletten
helfen bei Husten, Heiserkeit, Rachenkatarrh u. dergl. mehr. 115
Schützenhofapotheke, Langgasse 11.

Am 21. Februar ds. Js. starb den Heldentod fürs Vaterland

Herr Gerichtsassessor
Dr. Johannes Dorn.

Er war dem Amtsgericht in Idstein überwiesen und beschäftigte sich später zu seiner Fortbildung in der Kommunalverwaltung der Stadt Wiesbaden. Der Verlust des liebenswürdigen Kollegen und in seinem Berufe hervorragend tüchtigen und strebsamen Mannes ist tief zu beklagen.

Wiesbaden, den 28. Februar 1917.

Der Landgerichtspräsident.

F 201

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute nacht 12½ Uhr meine liebe, unvergeßliche Gattin, unsere treusorgende, gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Anna Wiegand, geb. Denker,

im 50. Lebensjahre, nach kurzem, mit christlicher Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch den öfteren Empfang der hl. Sterbesakramente, in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
P. Wiegand.

Wiesbaden, den 1. März 1917.
Gerichtsstraße Nr. 2.

Das feierliche Seelenamt findet am Samstag, den 3. März, vormittags 7.15 Uhr, in der St. Bonifatiuskirche, die Beerdigung am gleichen Tage, nachmittags 1.45 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofs aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns betroffenen Verluste sagen wir hiermit allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Emmy Vulpius,
Karl Vulpius,
Ferdinand Vulpius,
z. Zt. im Felde. 222

Alle, die in unsrer Trauer uns in so warmherziger Weise ihre Teilnahme bekundeten, mögen freundlichst auf diesem Wege unsern tiefgefühlten Dank entgegennehmen.

Professor Otto Dorn und **Frau,**
Dr. Erwin Dorn, Gerichts-Assessor,
z. Zt. Leutnant im Felde.

223